Beschluss Vertrauen wiederherstellen: Sicherheit für alle Menschen in NRW

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 24.05.2025

Tagesordnungspunkt: 11. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN NRW ist bestürzt über den Tod von
2 Lorenz A., der bei einem Polizeieinsatz am 20. April 2025 in Oldenburg durch
3 mehrere Schüsse eines Polizisten – davon drei von hinten – getötet wurde. Unsere
4 Anteilnahme gilt der Familie und den Freund*innen von Lorenz A.
- 5 Der Fall muss gründlich aufgeklärt und alle Fragen beantwortet werden. Nur so kann
6 das Vertrauen in den Rechtsstaat gestärkt oder zurückgewonnen werden. Eine
7 umfangreiche Aufklärung ist auch im Interesse der Beamtinnen und Beamten, die
8 sich jeden Tag korrekt verhalten und unsere vielfältige und demokratische
9 Gesellschaft schützen.
- 10 Der Tod von Lorenz A. lässt bittere Erinnerungen an den Tod von Mouhamed Lamine
11 Dramé aufkommen, der bei einem Polizeieinsatz in Dortmund im August 2022
12 erschossen wurde. Die Sicherheit aller Menschen in NRW muss gewährleistet sein,
13 auch in psychischen Ausnahmesituationen, wenn sie von Rassismus betroffen oder
14 sozial marginalisiert sind.
- 15 Diese Vorfälle haben in vielen migrantischen Communities und bei Schwarzen
16 Menschen in NRW zu einem massiven Vertrauensverlust geführt. Der Tod von Lorenz
17 A. hat diese Ängste erneut aktiviert und verdeutlicht, dass es konkrete
18 Veränderungen braucht. Es ist unser Anspruch, dass alle Menschen in NRW sicher
19 sind. Dabei hat die Polizei als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols eine
20 zentrale Rolle.
- 21 Wir fordern daher für Nordrhein-Westfalen:
- 22 1. Die zügige personelle Besetzung der Stelle der oder des unabhängigen
23 Polizeibeauftragten, die sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für
24 Polizeibeamtinnen und -beamten ansprechbar ist;
 - 25 2. weiterhin die regelmäßige Auseinandersetzung mit den Werten unserer
26 Demokratie, die auch für unsere rechtsstaatliche Polizei handlungsleitend
27 sind, sowie verpflichtende Lehrinhalte zu Interkulturalität und
28 Rassismuskritik, Diskriminierungsarbeit und Deeskalation in der Aus- und
29 Fortbildung aller Polizeikräfte.
30 Die sogenannte „Alltagsreflexion“ für Polizeikräfte mit
31 Bürger*innenkontakt soll häufiger stattfinden und auch Sachbearbeitende in
32 den Kommissariaten einbeziehen. Sie dient der psychosozialen Entlastung
33 und der frühzeitigen Reflexion möglicher rassistischer Stereotype;
 - 34 3. den Ausbau des Einsatztrainings der Polizei NRW mit Fokus auf den Umgang
35 mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen weiter voranbringen.

- 36 Darüber hinaus müssen Interventionsnetzwerke mit psychologischen und
37 medizinischen Einrichtungen geschaffen werden;
- 38 4. einen regelmäßigen Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft, u.a. mit
39 den Selbstorganisationen von Migrant*innen, Religionsgemeinschaften,
40 Jugendeinrichtungen und sozialen Beratungsstellen im Stadtteil sowie eine
41 Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit mit dem Ausbau der
42 Bezirksdienste der Polizei NRW, die auf Transparenz, Verständnis und
43 Einvernehmen in Dialogprozessen setzt;
- 44 5. eine unabhängige Untersuchung von Polizeieinsätzen mit tödlichem Ausgang
45 durch eine andere Kreispolizeibehörde, die nicht aus der unmittelbaren
46 Nachbarschaft der betroffenen Dienststelle stammt, um Neutralität und
47 Unabhängigkeit der Ermittlungen zu gewährleisten und mögliche
48 Interessenskonflikte oder den Anschein möglicher Interessenskonflikte, die
49 bei benachbarten Polizeibehörden aufkommen könnten, zu vermeiden;
- 50 6. die Einführung von schriftlichen Bestätigungen bei einer polizeilichen
51 Kontrolle auf Wunsch der betroffenen Person, denn Transparenz und
52 Überprüfbarkeit polizeilicher Maßnahmen tragen zum Vertrauen in den
53 Rechtsstaat bei.

54 Darüber hinaus werden wir weiter über die Regularien zum Tragen und Einschalten
55 der Bodycam, möglicherweise als automatisierte Aktivierung bei Nutzung des
56 Tasers diskutieren. Wir wollen dabei sowohl die Persönlichkeitsrechte von
57 unbeteiligten Dritten sowie die Argumente für mehr Transparenz und
58 Nachvollziehbarkeit eines Einsatzes, auch im Sinne der Beamt*innen und von
59 Rassismus Betroffenen, abwägen und in Einklang bringen.

60 Als GRÜNE NRW stehen wir für eine rechtsstaatliche Polizei ein, die die
61 Menschenwürde schützt, gut aus- und fortgebildet ist und bei schwierigen
62 Polizeieinsätzen auf Deeskalation setzt. Die übergroße Mehrheit der
63 Polizeibeamtinnen und -beamten vertritt die Werte unseres Grundgesetzes und
64 handelt jeden Tag danach. Es ist auch in ihrem Interesse, dass die Hintergründe
65 bei tödlichen Polizeieinsätzen sowie zu einem möglichen Fehlverhalten von
66 Kolleg*innen aufgeklärt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass
67 Sicherheitsstrukturen Vertrauen schaffen – gerade auch für Menschen, die von
68 Rassismus betroffen sind.